



Gesellschaft für  
bedrohte Völker



TIBET INITIATIVE  
DEUTSCHLAND

An:

Ministerin Frau Kramp-Karrenbauer  
Bundesministerium der Verteidigung  
Stauffenbergstraße 18  
10785 Berlin

Berlin, der 22.11.2019

**Betreff: Kooperation der Bundeswehr mit der Volksbefreiungsarmee der VR China**

Sehr geehrte Frau Kramp-Karrenbauer,

mehreren Pressemeldungen am Wochenende haben wir entnommen, dass die Bundeswehr Soldaten der VR China ausbildet, unter anderem mit dem Schwerpunkt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Den Berichten zufolge wurden diese Ausbildungsmaßnahmen auch offiziell bestätigt<sup>1</sup>.

Es ist Ihnen sicherlich bekannt, dass in Tibet Religionsfreiheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit systematisch und umfassend verletzt werden. Die chinesischen Behörden inhaftieren willkürlich Andersdenkende, lassen Menschen verschwinden oder verurteilen Tibeter zu langen Haftstrafen, weil sie friedlich gegen die chinesische Politik protestieren, sich für den Erhalt ihrer Kultur, Sprache und Religion einsetzen oder den Dalai Lama verehren wollen. Seit 2009 haben sich mehr als 150 Tibeterinnen und Tibeter selbst angezündet, um gegen diese Repression in Tibet zu protestieren. Überdies verweigert sich die chinesische Regierung einem Dialog mit dem Dalai Lama, um eine friedliche Lösung der Tibetfrage zu erreichen.

Am vergangenen Wochenende wurden zudem Dokumente geleakt, die das ganze schreckliche Ausmaß der repressiven Politik der chinesischen Regierung in Ostturkestan gegenüber den Uiguren belegen<sup>2</sup>. Viele reden von „Gulags“ andere bezeichnen die von der chinesischen Regierung zynischerweise als Ausbildungszentren bezeichneten Einrichtungen als „Konzentrationslager“. Der zu lebenslanger Haft verurteilte uigurische Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti hat vor kurzem den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments für sein Eintreten für die Rechte der Uiguren erhalten. Seine und die Freilassung all jener Uiguren, die zwangsweise „umerzogen“ werden, wird von den chinesischen Behörden nach wie vor verweigert. Diese Politik der chinesischen Regierung gegenüber den Uiguren wie auch den Tibetern ist unerträglich und nicht hinnehmbar.

Gerade auch im 30. Jahr seit dem Fall der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze ist eine militärische Kooperation mit dem Regime in Peking aus unserer Sicht mehr als fragwürdig und steht dem Erbe des demokratischen Umbruchs in der ex-DDR und Osteuropa entgegen.

Die sogenannte Volksbefreiungsarmee, deren Angehörige die Bundeswehr ausbildet, hat Tibet völkerrechtswidrig besetzt und seither Proteste in Tibet wie auch in Ostturkestan blutig niedergeschlagen. Ihre Verstrickung in diese Verbrechen wird von Peking verschwiegen und damit ihren Opfern Gerechtigkeit verwehrt. Sie unterliegt keinerlei demokratischer Kontrolle und ist Instrument der Machtsicherung der autokratisch herrschenden Kommunistischen Partei Chinas.

<sup>1</sup><https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-11/bundeswehr-schulung-chinesische-soldaten-amnestyinternational>

<sup>2</sup><https://www.nytimes.com/interactive/2019/11/16/world/asia/china-xinjiang-documents.html>

Angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen in Tibet und Ostturkestan, der Entrechtung ganzer Volksgruppen in der VR China und der Eskalation der Gewalt in Hongkong bitten wir Sie nachdrücklich, die berichtete militärische Zusammenarbeit sofort zu beenden.

Wir würden uns diesbezüglich über einen zeitnahen Gesprächstermin sehr freuen, um Ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit zu erfahren.

Mit freundlichen Grüßen,

Dolkun Isa,  
Präsident des World  
Uyghur Congress

Kai Müller,  
Geschäftsführer  
International Campaign  
for Tibet Germany

Ulrich Delius,  
Direktor Gesellschaft  
für bedrohte Völker

Axel Grafmanns,  
Geschäftsführer Tibet  
Initiative Deutschland